



Bundestags- brief

Nr.59 • Die Woche im Bundestag • 29.05.2009



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Wiederwahl von Bundespräsident Horst Köhler – eine gute Entscheidung für unser Land

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gratuliert Bundespräsident Horst Köhler zu seiner Wiederwahl. Horst Köhler hat sich durch seinen Einsatz hohe Zustimmung in allen Kreisen der Bevölkerung erworben. Immer wieder hat er nachdrücklich auf Probleme aufmerksam gemacht und einen besseren gesellschaftlichen Zusammenhalt eingefordert. Auch international ist er hoch geachtet – nicht zuletzt wegen seines beeindruckenden Engagements für die Menschen in Afrika. Ein solcher Präsident ist ein Glücksfall für unser Land. Gerade in der aktuellen Situation, in der viele Menschen durch die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise beunruhigt und verunsichert sind, ist es gut, mit Horst Köhler einen Garanten für Stabilität und Verlässlichkeit im obersten Staatsamt zu haben. Die Union hat sich deshalb entschieden für eine zweite Amtszeit von Bundespräsident Köhler ausgesprochen. Dabei wussten wir auch die überwältigende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger auf unserer Seite. Es wäre gut gewesen, wenn die Vertreter aller demokratischen Parteien an der bewährten Praxis festgehalten hätten, keinen Wahlkampf um das höchste Staatsamt zu veranstalten.

Leider hat sich die SPD nicht an diese Tradition gehalten, sondern die Wahl des Bundespräsidenten zum Schauplatz von Machtspielen gemacht, bei denen sie auch die Zusammenarbeit mit der Linkspartei nicht gescheut hat. Wir sind erleichtert, dass das Kalkül der sozialdemokratischen Führung um das höchste Staatsamt nicht aufgegangen ist und Horst Köhler bereits im ersten Wahlgang in seinem Amt bestätigt wurde.

Unternehmen in der Krise stärken

Die Wirtschaftskrise bedroht viele im Kern gesunde Unternehmen. Es ist Aufgabe der Politik, ihnen durch Entlastung den Weiterbestand zu ermöglichen. Dadurch bleiben Hunderttausende von Arbeitsplätzen erhalten. Insbesondere gilt es, von der SPD durchgesetzte krisenverschärfende

Elemente der Unternehmenssteuerreform zu beseitigen oder abzumildern. Bereits in den Verhandlungen mit der SPD zur Unternehmenssteuerreform hatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Bedenken gegen die Einführung einer Zinsschranke und der Verlustverrechnungsbeschränkung geäußert. Jetzt in der Krise zeigt sich, wie Recht wir mit diesen Warnungen hatten. Deshalb werden diese krisenverschärfenden Elemente der Unternehmenssteuerreform nun abgemildert, beispielsweise durch die Anhebung der Freigrenze in der Zinsschrankenregelung von bislang 1 Million auf 3 Millionen Euro. Gleichzeitig geben wir allen Unternehmen in ganz Deutschland mit einem Jahresumsatz von bis zu 500.000 Euro die Möglichkeit, für zwei Jahre von der Ausnahmeregelung von der Ist-Besteuerung bei der Umsatzsteuer Gebrauch zu machen. Mit diesen unbürokratischen Maßnahmen stärken wir insbesondere den Mittelstand, das Rückgrat unserer Wirtschaft, auf den wir in der aktuellen Situation noch stärker angewiesen sind als sonst.

Agrardieselsteuer senken – deutsche Landwirtschaft international wettbewerbsfähig halten

Die aktuelle Wirtschaftskrise trifft auch unsere Land- und Forstwirte hart. Wichtige Absatzmärkte sind ihnen weggebrochen. Wir müssen ihnen daher helfen, wo wir dies können. Deshalb haben wir uns darauf geeinigt, dass alle landwirtschaftlichen Betriebe wieder von dem reduzierten Mineralölsteuersatz auf Agrardiesel von 25,56 Cent pro Liter profitieren. Der „Selbstbehalt“ von 350 Euro je Betrieb bei der Rückvergütung der Mineralölsteuer entfällt auf zwei Jahre befristet, ebenso die Deckelung von maximal 10.000 Litern je Betrieb. Wir werden die Land- und Forstwirte dadurch mit etwa 285 Millionen Euro im Jahr entlasten. Diese Regelung soll schon für das Jahr 2009 gelten. Damit stärken wir die Position unserer Landwirte im inter-

nationalen Wettbewerb und helfen, die Existenz der landwirtschaftlichen Betriebe zu sichern, die Pflege der bäuerlichen Kulturlandschaft zu gewährleisten und die Versorgung unseres Landes mit gesunden Lebensmitteln zu ermöglichen.

Banken stabilisieren, Steuerzahler schützen, Wachstum fördern

Diese Woche haben wir einen Entwurf des Finanzmarktstabilisierungsförderungsgesetzes im Bundestag eingebracht.

Die im vergangenen Jahr mit dem Haushaltsausschuss aufgesetzte Politik der Stabilisierung des Banken- und Finanzsystems folgte einem inneren Dreiklang: wir wollten die Banken stabilisieren - dabei die Interessen der Steuerzahler wahren und deren Belastung minimieren und dadurch einen substanziellen Beitrag zur Wiedergewinnung wirtschaftlichen Wachstums leisten. Diese Politik für Deutschland ist erfolgreich: Keine Bank in Deutschland wurde in eine ungeordnete Abwicklung gezwungen und damit ein Bankensterben verhindert. Auch der Interbankenmarkt ist wieder in Gang gekommen. Vertrauen wächst. Trotzdem liegt ein wesentlicher Teil der Aufgabe noch vor uns. Mit dem nun vorgelegten Gesetzentwurf werden wesentliche Bedingungen für die mögliche Inanspruchnahme von Garantien und Steuermitteln verändert. Als Unionsfraktion unterstützen wir diese Beiboot-Lösung, nach der Bilanzrisiken ausgelagert werden können und damit den Banken Hilfe zur Selbsthilfe geleistet wird. Dieser Gesetzentwurf muss auch einen substanziellen Beitrag für die Stabilisierung der Landesbanken leisten. Dies ist die Voraussetzung für ein Gelingen der Aufgabe. Daher werden wir im Gesetzgebungsverfahren nach Lösungen im Geiste des von den Ländern vorgeschlagenen Weges suchen.

Für eine starke Stimme in Europa

In einem diese Woche verabschiedeten gemeinsamen Manifest rufen CDU und CSU dazu auf, bei der Europawahl am 7. Juni 2009 christdemokratische Europapolitik zu stärken: für ein Europa mit größerem internationalen Gewicht, für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze, für eine stabile Währung und für Sicherheit in Europa.

Das Europäische Parlament hat in den vergangenen Jahren an Gewicht gewonnen, darum geht es bei dieser Wahl um eine grundsätzliche Weichenstellung. In der kommenden Legislaturperiode muss in der Europäischen Union eine Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung und

für weniger Bürokratie verfolgt werden. Dabei sollen in Brüssel nur die Entscheidungen getroffen werden, die einer europäischen Regelung bedürfen. Nicht die großen europäischen Projekte werden die Europapolitik der nächsten Jahre prägen, sondern eine angemessene Aufteilung von Aufgaben und Kompetenzen. Für die Europäische Kommission muss gelten: gründliche Rechtssetzung vor neuen Initiativen. In der Außenpolitik muss Europa mit einer Stimme sprechen, auch um die soziale Marktwirtschaft, die wir in Europa haben, international zu verankern. Für die Erweiterungspolitik gilt „Europa braucht Grenzen“. Deshalb treten wir für eine Privilegierte Partnerschaft mit der Türkei ein. Diese ist für beide Seiten die bessere Lösung.

Gewaltiger Wohlstandszuwachs in 60 Jahren Bundesrepublik

Die Geschichte der Bundesrepublik von 1949 ist auch die Geschichte eines gewaltigen Zuges an Wohlstand: So hat sich das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen von 3.500 Euro (umgerechnet auf heutige Preise) auf heute fast 19.000 Euro mehr als verfünffacht. Besonders stark sind die Einkommen in den Jahren des Wiederaufbaus und des Wirtschaftswunders gestiegen, aber auch seit 1969 hat sich das damals erreichte Niveau bis heute noch einmal verdoppelt.

Gleichzeitig ist die Arbeitszeit deutlich gesunken: In den Anfangsjahren der Bundesrepublik betrug die durchschnittliche Jahresarbeitszeit knapp 2.400 Stunden, heute nur noch 1.350.

Auch die Wohnsituation hat sich im Laufe der Jahrzehnte deutlich verbessert: Noch 1965 standen pro Person nicht viel mehr als 20 Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung, heute sind es 43. Die Zahl der Wohnungen und Häuser hat sich seit 1958 auf über 31 Millionen in etwa verdoppelt.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)

Zahl der Verkehrstoten weiter rückläufig

Auch im ersten Quartal des laufenden Jahres ist die Zahl der Verkehrstoten weiter zurückgegangen. Insgesamt kamen von Januar bis März 2009 802 Menschen bei Straßenverkehrsunfällen ums Leben, 18 Prozent weniger als im ersten Quartal des Vorjahres. Bei den Verletzten fiel der Rückgang mit 12 Prozent auf 74.200 etwas geringer aus.

Dagegen hat sich die Zahl der registrierten Unfälle gegenüber dem Vorjahr um 2,1 Prozent leicht erhöht.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)